

Bürgerliche Demokratie soll Macht der Monopole sichern

Von jenseits der Eibe hört man oft Lobeshymnen auf die demokratischen Verhältnisse in der BRD. Wie sieht es wirklich mit der Demokratie in diesem Staat aus?

Hans-Jürgen Ernst
Propagandist, LPG(P) Klosterfelde

Es ist eine Tatsache: Solche Begriffe wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie werden von westlichen Politikern und ihren Hofpredigern oft gebraucht. Gegenwärtig verstärkt, um sich nach bekanntem antikommunistischem Strickmuster in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Länder einzumischen und deren Entwicklung zu destabilisieren. Das erfolgt aber auch, um das eigene Herrschaftssystem zu lobpreisen, um den Bürgern glaubhaft zu machen, alles geschehe in ihrem Interesse, das Gemeinwohl bestimme Gesetzgebung und Handeln des Staates.

Welche Demagogie sich dahinter verbirgt, sollen folgende Beispiele verdeutlichen:

Von der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages liegen konstruktive Vorschläge zur Abrüstung und internationalen Entspannung vor. Die von Michail Gorbatschow vor der 43. UNO-Vollversammlung gehaltene Rede machte erneut deutlich, wie ernst es die sozialistischen Länder mit ihren Friedensinitiativen meinen.

Doch führende Bonner Politiker sprechen zwar von einer Welt ohne Waffen, in Wirklichkeit aber blockieren sie den Entspannungsprozeß. Nukleare Waffen sind für sie „politische Waffen“. Sie halten fest an der „Nuklearstrategie“ und der „Kriegsverhinderung durch Abschreckung“. Bundeskanzler Kohl gab unlängst in Washington die Zustimmung zur Stationierung neuer US-Raketen

in der BRD, mit denen die USA die vertraglich beseitigten Mittelstreckenraketen kompensieren wollen. Und all das immer wieder in Aufwärmung der Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“.

Wie „demokratisch“ solche Entscheidungen sind, machen kürzlich in der BRD veröffentlichte Umfragen deutlich. So glauben 75 Prozent der Bundesbürger nicht mehr an eine „kommunistische Gefahr“. Nur 16 Prozent der BRD-Bürger sind der Meinung, die Sowjetunion wäre ein Land, das den Krieg als Mittel der Politik betrachte. 82 Prozent sind der Auffassung, Ziel der gegenwärtigen sowjetischen Politik sei das militärische Gleichgewicht.

Diese und andere Mehrheitsmeinungen, die von aggressiven Kreisen der BRD als eine „besorgniserregende Abnahme des Bedrohungsgefühls“ eingestuft werden, finden in der Bonner Politik keinen entsprechenden Niederschlag. Nach wie vor werden Bundesbürger, die sich mit Aktionen gegen nukleare Rüstung und für Abrüstung einsetzen, gerichtlich zur Verantwortung gezogen oder mit Berufsverbot belegt.

Der absolut notwendigen Entwicklung auf dem Weg der Umkehr von der Konfrontation zur Entspannung wird entgegengewirkt. Das wird offensichtlich durch jene Kreise genährt, führte Genosse Erich Honecker auf der 7. Tagung des ZK der SED aus, „die Profite aus der Aufrüstung ziehen, und jene, denen die Gren-

zen nicht gefallen, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa entstanden sind“. Demokratie also für wen?

Aber weiter. 1989 begeht auch die BRD den 40. Jahrestag ihrer Gründung. Im Gegensatz zur DDR, die, wie auf der 7. Tagung des ZK der SED betont, im wahren Sinne des Wortes aus Ruinen auferstand und der Zukunft zugewandt ist, in der das, was des Volkes Hände schufen, des Volkes eigen ist, wurde in der imperialistischen BRD alles dafür getan, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

In der BRD veröffentlichte Analysen besagen, daß sich die Netto-lohneinkommen der Arbeiter und Angestellten 1987 auf dem Stand von 1980 bewegen. Im gleichen Zeitraum stiegen aber die Netto-profite der Unternehmer um fast 100 Prozent. Die ihnen vom Staat abverlangten Steuern sanken 1987 auf das niedrigste Niveau in der Geschichte der BRD.

Auf diese Weise kamen die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nur den Monopolen zugute. Für die Werktätigen in der BRD brachten sie weitere Arbeitslosigkeit (1980 waren es 889 000, 1988 laut offizieller BRD-Angaben 2,2 Millionen), Obdachlosigkeit (1988 100 000 Obdachlose offiziell registriert), Abgleiten in die „neue Armut“.

Dabei ist ein Ende dieser ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht abzusehen. Der Angriff des Monopolstaates auf hart erkämpfte soziale Errungenschaften der Werktätigen geht weiter. Genannt seien nur die erst kürzlich verabschiedeten gesetzlichen Bestimmungen zur Gesundheitsreform in der BRD sowie die Explosion der Mietpreise. Angesichts all dessen auch hier die Frage: Demokratie für wen?

Zu einem weiteren Merkmal bundesdeutscher „Demokratie“. In seinem Diskussionsbeitrag auf